
FORUM: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Rolf Dietrich Schwartz: Abbau der Arbeitslosigkeit - Ziel oder Schimäre?

Rolf Dietrich Schwartz, geb. 1940 in Braunschweig, Studium der Volkswirtschaftslehre in Berlin, ist Bonner Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Rundschau. Letzte Buchveröffentlichung: Kapitalismus ohne Netz. Was hält die Gesellschaft noch zusammen?, Berlin, 2. Auflage 1997.

Mit der Art der Fragestellung ist bekanntlich der erste Akt der Unterwerfung vollzogen. Wer nach Alternativen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fragt, muß sich seinerseits die Frage gefallen lassen, ob dieser Kampf gegen die moderne Geißel der Menschheit überhaupt gewollt ist. Mißtrauen ist erst recht geboten, wenn konservative Politiker unter dem Banner des Neo-Liberalismus diese Frage stellen. Ihr Weltbild läßt nämlich derartige zielgerichtete Fragestellungen gar nicht zu. Der Arbeitsmarkt ist nach ihrem Dogma der reinen Angebotslehre ein Markt wie jeder andere auch. Wer an der Imbißbude seine Würstchen nicht loskriegt, muß halt mit seinen Preisen

runter. Wem die Kartoffeln zu teuer sind, muß sich an anderen Ständen umschaun. Wer auf Ladenhütern sitzen bleibt, tut das freiwillig, sonst könnte er ja billiger anbieten.

Folgerichtig geht die herrschende Lehre im Dienste der herrschenden Kräfte von der Ideologie der „freiwilligen“ Arbeitslosigkeit aus. Bestenfalls noch von der „unfreiwillig freiwilligen“ Arbeitslosigkeit, weil die Gewerkschaften mit ihrem Beharren auf Vertretungsmacht der Arbeitnehmer diese daran hindern, ihre Arbeitskraft billiger - untertariflich - am Markte anzubieten. Wenn das „Lager nicht geräumt ist“, wenn das Heer der industriellen Reservearmee in diesem Winter mit fast fünf Millionen registrierten Erwerbslosen einen neuen Rekordstand erreicht hat, der Erinnerungen an Weimar hervorruft, wenn zwischen sieben und acht Mio. Arbeitsplätze fehlen, sind die Gewerkschaften dafür verantwortlich. Das sieht nicht nur der amtierende FDP-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt so, der wenigstens noch so unvorsichtig war, seinen Markt-Radikalismus in Worte zu fassen: „Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt!“ Andere sind da zurückhaltender. Feiger, wenn man so will. Sie trommeln vor Wahlen für „Beschäftigungsbündnisse“ und zeigen nach dem Urnengang, wo der Hammer hängt.

Instrumentalisierung der Arbeitslosigkeit

Aus dieser neoliberalen Sichtweise, die den behaupteten Selbstheilungskräften des Marktes alles zutraut, auch die Disziplinierung des Staates, müßte der Hebel Arbeitslosigkeit sogar eigentlich erfunden werden, wenn es ihn nicht schon gäbe, um die vielen Reformprojekte der selbsternannten Modernisierer auf die Schiene zu setzen. Nicht auszudenken, wenn es keine Arbeitslosigkeit gäbe! Die Gewerkschaften würden noch viel mehr „über die Stränge schlagen“, die Wirtschaft wäre ihnen hilflos ausgeliefert, Regierungen wie die amtierende fühlten sich erpreßbar. Ohne dauerhafte Arbeitslosigkeit keine Reformen, mit denen Wirtschaft und Gesellschaft „fit“ gemacht werden sollen für den Eintritt in das nächste Jahrtausend. Der „Druck von der Straße“ beflügelt nicht etwa die an den Schalthebeln der Macht in Unternehmen und Ministerien Verantwortlichen, diesem Druck nachzugeben und sich etwas einfallen zu lassen. Im Gegenteil - der Druck wird instrumentalisiert, um die schöne neue Welt der Konservativen und Neoliberalen in Szene zu setzen. Ohne Massenarbeitslosigkeit deshalb keine „Reformen“, weder das Arbeitsförderungsstrukturgesetz, noch das Kostendämpfungsgesetz, weder eine Rentenreform, noch eine Steuerreform. Diese Neuerungen in Richtung marktradikaler Politikgestaltung sollen „Made in Germany“ im beginnenden Zeitalter der Globalisierung und der dritten technischen Revolutionswelle „fit“ machen für den ewigen Kampf auf dem Weltmarkt. „Sozial-“ und „Ökodumping“ sind die Schlager der finstersten Neuzeit, nicht etwa Vollbeschäftigung im „Freizeitpark Deutschland“ und Festhalten an alten Besitzständen, mit denen man sich hierzulande im grenzenlosen Unterbietungswettlauf mit Sozialstandards und Steuersätzen hoffnungslos ins Hin-

tertreffen begeben würde. So jedenfalls die schlichte Sicht der Dinge aus dem Bonner Kanzleramt.

Eine etwas andere Beschäftigungspolitik

Der Widerspruch in der herrschenden Lehre in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist bereits an dem Paradoxon zu erkennen, auf die Herausforderungen der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft mit einer Renationalisierung der Politik zu reagieren. Anstatt die Standortvorteile des Landes zu betonen und zu fördern, ergehen sich die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft seit Jahrzehnten in Jammerei auf hohem Niveau. Denn bei einem Exportüberschuß von wieder 100 Mrd. Mark im Jahr, bei immer neuen Kursrekorden an den Börsen und anhaltender Steuerflucht ins Ausland, sind die Klagen über den angeblich miserablen Zustand des Landes nicht nur unberechtigt, sondern auch schädlich und vor allem durchsichtig. Welcher Metzger stellt sich schon vor seine Ladentür und weint über die schlechten Produkte seines Angebots in der Hoffnung, die Kunden würden seine Verkaufstheke stürmen. Dem deutschen Regierungschef und den Chefmanagern in den Unternehmen fällt aber nichts anderes ein. Sie wundern sich sogar noch, wenn ihre Negativ-Propaganda in Erfüllung geht. Nicht genug damit: Sie sorgen überdies dafür, daß die verbliebenen Stärken des Landes in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die Lehrstellenpolitik etwa stellt immer mehr die Überlegenheit des dualen Bildungssystems in Frage. Bei Forschung und Entwicklung wird in den staatlichen Haushalten gekürzt und gespart, so daß sich die entsprechenden Abteilungen in den Unternehmen schon auf gar nichts mehr verlassen können. Das moderne Industrieland Deutschland soll offenbar den Kampf mit der Konkurrenz auf den Weltmärkten mit Billig-Jobs und Ungelernten aufnehmen, während „Hongkong vor der Haustür“, also Polen, Tschechien, Ungarn und andere Länder des untergegangenen Ostblocks auf die intelligenten Märkte der Zukunft setzen.

Eine etwas andere Modernisierungspolitik

Anstatt offensiv auf die Herausforderungen fallender Grenzen und technischer Umwälzungen zu reagieren, flüchten sich die immer so forsch gebenden Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft in eine Mischung aus Defensive und Feigheit. Alles soll wieder so werden wie in grauer industrieller Vorzeit, um die versprochenen lichten Höhen der Neuzeit zu gewinnen. Löhne, die mit der Konkurrenz in Fernost und den östlichen Nachbarn mithalten können; Renten, die zum Überleben zu wenig und fürs Sterben zu viel bieten. „Weil du arm bist, mußt du früher sterben“ wird bald zum Schlager in der Hit-Liste von Krankheitsminister Horst Seehofer. Und die „aktive Arbeitsmarktpolitik“ läßt die Regierung insgesamt ganz passiv werden. Allein am Beispiel der gescheiterten ökologischen Steuerreform läßt sich trefflich studieren, wie schnell die Politiker der Mut auf allen Märkten der Zukunft verläßt, den sie auf dem Arbeitsmarkt mit Übermut an den Tag legen. Deutschland hätte zum

Vorreiter in der Welt werden können mit einer Weichenstellung in Richtung einer dringend erforderlichen Entlastung bei den Umwelt- und Lohnnebenkosten. Mit einem Schlag wären Signale zu setzen gewesen in der Innovationspolitik mit neuen Produkten und Verfahren zum Wohle nachfolgender Generationen und in der Sozialpolitik zur Entlastung des überforderten Produktionsfaktors Arbeit. Deutschland hätte Pionier werden können auf diesem Gebiet und mit diesem Wettbewerbsvorsprung auch andere Länder zur Nachahmung animiert. Statt dessen läßt man die Zukunftsindustrie der Solartechnik auswandern und wiederholt die Versäumnisse der siebziger Jahre, als die hierzulande entwickelte Katalysator-Technik der Konkurrenz in anderen Staaten überlassen wurde.

Eine etwas andere außenwirtschaftliche Absicherungspolitik

Die Umweltpolitik ist nur ein Beispiel, dem sich viele andere auf vielen anderen Märkten anfügen ließen, um den Rückstand der selbsternannten Modernisierer aus ideologischer Verblendung deutlich zu machen. Das „Weißbuch“ des früheren EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors vor fünf Jahren ist so ein Paradestück zur Demonstration der verpaßten Gelegenheiten. „Zu viel Keynesianismus“ und „ordnungswidrige Industriepolitik“ haben ihm die überwiegend neoliberal gefärbten Regierungen in Europa vorgeworfen, weil er Ernst machen wollte im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit mit einem großangelegten Investitionsprogramm im Kommunikations- und Verkehrsbereich. Eigenmächtige Finanzierungshoheit habe sich der altem französischen Planifications-Denken anhängende Sozialist für die Brüsseler Bürokratie angemäßt, kritisierten vor allem die marktwirtschaftlichen Ordnungshüter in Bonn, weil er grenzüberschreitenden Herausforderungen mit einer grenzüberschreitenden Politik im Interesse von Arbeitslosen, aber auch Betrieben begegnen wollte. Damit hatte er die Grenzen der regierenden Markt-Radikalen überschritten. Statt einer gesamteuropäischen Antwort auf gesamteuropäische Probleme gab und gibt es wieder nur ein Durchwursteln jedes einzelnen „Partnerlandes“ nach der Devise: „Jeder gegen jeden“.

Eine etwas andere Europäische Währungsunion

Nach diesem Prinzip des Niederkonkurrierens soll ausgerechnet das Gemeinschaftsprojekt der Europäischen Währungsunion verwirklicht werden - angeblich auch wieder zum Wohle der Arbeitslosen. Eine einheitliche Geldpolitik wird als Allheilmittel zur Disziplinierung auf den Arbeits- und den Kreditmärkten ausgegeben. Steueroasen allerorten werden der Beschäftigungspolitik das Wasser abgraben. Ohne Wirtschafts- und Sozialunion bleibt dieser Einigungsversuch allerdings ein Torso - zum vorhersehbaren Nachteil vor allem der lohnabhängigen Bürgerinnen und Bürger in Europa.

Aber dieses Handicap ist aus neoliberaler Sicht auch so gewollt, wie bereits nach der Ausgangsfrage beantwortet worden ist: Wenn die Arbeitsmärkte die Ausgleichsfunktion der weggefallenen Wechselkurse bei auseinanderlaufender Produktivitätsentwicklung übernehmen müssen, wäre Vollbeschäftigung in Europa für jene tonangebenden Marktradikalen sogar schädlich, die zum Kampf der Giganten in der Triade mit den USA und dem Fernen Osten aufrufen.